

Rechtsradikales Netzwerk

„Objekt 21“: Sechs Verdächtige bleiben in Untersuchungshaft

Sonntag, 3.02.2013, 07:16

Ermittlungen wegen Brandanschlägen, Waffen- und Drogenhandel sowie Gewaltdelikten laufen. Bei sechs der elf Inhaftierten wurde die U-Haft verlängert.

Wels - Die Untersuchungshaft für sechs der elf Inhaftierten, die im Verdacht stehen, in Verbindung mit dem rechtsradikalen Netzwerk „Objekt 21“ zahlreiche Straftaten begangen zu haben, ist vom Landesgericht Wels verlängert worden. Das berichtete das ORF-Radio Oberösterreich am Samstag. Einer der vier Hauptverdächtigen soll auf die Haftprüfung verzichtet haben. Damit wurde die Untersuchungshaft automatisch verlängert.

WEITER NACH DER ANZEIGE



Der Direktor des Bundesamts für Verfassungsschutz und Terrorismisbekämpfung (BVT), Peter Gridling, wehrte sich indessen gegen Kritik am Vorgehen in Oberösterreich. Kritiker hatten dem Landesamt für Verfassungsschutz jahrelange Untätigkeit gegen das rechtsextreme Netzwerk vorgeworfen. Gridling betonte dagegen, das LVT sei in die Ermittlungen der Polizei eingebunden gewesen, auch der von der Gruppe gegründete Verein sei aufgelöst worden. Und sollte sich herausstellen, dass mit kriminellen Geldern „ein braunes Netzwerk finanziert wurde“, dann werde man sich das ansehen, so Gridling im Ö1-Mittagsjournal.

Der Festnahme der Verdächtigen aus dem rechtsradikalen Umfeld gingen monatelange Ermittlungen der Polizei voraus. Wie sich laut den Ermittlern herausstellte, fand die Gruppierung ihre Einnahmequellen in Gewalt-, Eigentums- und Vermögensdelikten, in der Rotlicht-Szene sowie im Waffen- und Drogenhandel. Ihr werden 23 Einbruchsdiebstähle - u.a. während Haftausgängen -, Raubüberfälle, Internet-Betrügereien, Körperverletzungen und organisierte Schwarzarbeit angelastet. Firmenbesitzer und Betreiber von Bordellen sollen bedroht, misshandelt und in finanzielle Abhängigkeit gebracht worden sein, damit sie Geld abliefern, so die Vorwürfe. Die Organisation wird zudem verdächtigt, in Haftanstalten spätere Täter angeworben zu haben. Den Gesamtschaden bezifferten die Ermittler mit mindestens 3,5 Millionen Euro.

2009 soll die Bande einen Brandanschlag auf ein Bordell im Bezirk Kirchdorf mit mehr als 400.000 Euro Schaden verübt und den damaligen Geschäftsführer mit einem Sack über dem Kopf entführt und dann mit einer Motorsäge misshandelt haben. Im Mai 2012 wurde ein Wiener Saunaklub ein Raub der Flammen, es entstand ein Schaden von 2,5 Millionen Euro. Anstifter soll ein aus Oberösterreich stammender Unternehmer aus dem Rotlicht-Milieu gewesen sein, der von anderen Beschuldigten belastet wird und nun in U-Haft sitzt. Sein Verteidiger bezeichnete die Anschuldigungen gegenüber der APA als „haltlos“.

WEITER NACH DER ANZEIGE

Die Organisation steht darüber hinaus im Verdacht, zur Verschleierung von illegaler Prostitution einen Escortservice gegründet und Frauen mit Gewalt und Drohungen unter Druck gesetzt haben. Weil sie ein Bordell im Bezirk Schärding übernehmen wollte, soll sie nicht davor zurückgeschreckt sein, ein Auto in Brand zu stecken. Führende Mitglieder der Vereinigung sollen einen regen Handel mit teilweise verbotenen Schusswaffen, Kriegsmaterial sowie Munition und Zubehör betrieben haben. Im angemieteten Haus der Verdächtigen aus der Neonazi-Szene, in dem auch einschlägige Liederabende stattfanden, stellte die Polizei Fahnen und Schriften mit NS-Symbolen sicher. (APA)

0 Kommentare

Artikel teilen

Zur Startseite

WEITER NACH DER ANZEIGE

Kommentare

Meistgelesene Artikel

+ 10,5 Mrd. Euro Umsatz

Geschäft mit Billig-Ware boomt: Dieser Diskonter eröffnet seine erste Filiale in Tirol

+ Brandursache geklärt

Stallbrand am Ortsrand von Fügen wurde gelegt: Polizei nahm Verdächtigen fest

+ Zwei Personen verletzt

Großeinsatz in Fügen: Stall bei Bauernhof stand in Vollbrand, zahlreiche Tiere verendet

+ „Schwieriger Einsatz“

Lkw bei Telfs in Vollbrand: Inntalautobahn nach mehr als zwei Stunden wieder frei

Wollte Verstopfung lösen

36-Jähriger erlitt bei Arbeitsunfall in Hall schwere Verbrennungen

ZUR STARTSEITE